

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zensurpreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsere Mitarbeiter postgetragen in der Stadt monatlich 10, auf dem Lande 15, durch die Post bezogen vierteljährlich 50, mit Zustellungsgebühr. Alle Druckkosten und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Zensurpreises.



Inserentenpreis III. für die 6 gelbdruckte Korpuszeile oder deren Raum, 12 Spalten, die 2spaltige Korpuszeile IV. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpuszeile V. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Kapitalanfragen 100 vermittlungslos 10 Uhr. Für die Abfertigung der durch Fernruf übermittelten Anfragen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Kapitalanfrage ist ein Brief beizufügen, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 304

Freitag den 30. Dezember 1921.

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 128 des hiesigen Handelsregisters, die Erbschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Burkhardtswalde betr., ist heute eingetragen worden, daß die Gesellschaft aufgelöst ist und die Geschäftsführer — Geschäftsführer Harald Döring und Bernhard Samann, beide in Burkhardtswalde — sowie der Dr. phil. Walter Zumpfe in Munszig als Liquidatoren bestellt sind.

Amtsgericht Wilsdruff, den 22. Dezember 1921.

## Grumbach.

Freitag den 30. Dezember 1921 abends 6 Uhr im Gasthof, oberes Zimmer

### Öffentliche Gemeinderatsitzung.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Eisenbahner im Rheinlande haben in einem Ultimatum Forderungen von der Regierung gefordert. Es besteht die Gefahr eines Eisenbahnstreiks für das ganze Reich.

\* Wie verlautet, soll in Cannes über die Frage verhandelt werden: Verschärfung der Finanzmaßnahmen mit Erleichterung des militärischen Drucks oder Beibehaltung der militärischen Sicherungen in größerer Handelsfreiheit der deutschen Wirtschaft.

\* Wie aus Koblentz verlautet, soll in den nächsten Tagen die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen auf 5000 Offiziere und Mannschaften herabgesetzt werden.

\* Die Reparationskommission hat in Paris mehrere deutsche Vertreter zur mündlichen Aussprache über die nächsten deutschen Zahlungen empfangen.

\* Die französische Kammer hat dem Ministerpräsidenten Briand mit 33 gegen 117 Stimmen ein neues Vertrauensvotum erteilt.

\* Die Anrufen in Ägypten dauern an. Die Engländer wollen Flugzeuge gegen die Russen einleiten.

## Freiheitskämpfe.

Die irische Sorge ist Lloyd George, dank seinem weitestgehenden Entgegenkommen, losgeworden — oder auch nicht losgeworden; die letzte Entscheidung ist noch nicht gefallen. Im Dubliner Parlament stehen sich noch immer zwei oder drei gegnerische Auffassungen über die Tragweite dieses Abkommens gegenüber, und im Lande selbst wird noch heftig gerungen um das Ja oder Nein, mit dem ein jahrhundertelanger Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung abgeschlossen oder vertagt wird. Aber auch wenn die Entscheidung gegen den Vertrag fallen sollte, so wäre die moralische Nachposition der Londoner Regierung doch erheblich gewachsen, und sie könnte den weiteren Ereignissen auf der „Grünen Insel“ wohl mit leichteren Herzen wie zuvor entgegensehen.

Dafür lobt das Feuer der Empörung um so ungestümmer auf den fernem Ausposten des britischen Weltreiches wieder empor. Man erinnert sich noch der seitensamen Vorgänge, die aus Bombay gemeldet wurden, als der britische Thronfolger dort seinen feierlichen Einzug hielt, oder richtiger muß man wohl sagen: halten wollte. Denn statt des Einzuges entwickelten sich regelrechte Straßenkämpfe, und statt der programmatischen Freundschaftsreden wurde mit Maschinengewehren gearbeitet, vor denen die armen Eingeborenen selbstverständlich rasch in alle Winde auseinanderstoben. Weiterwestlich ist es in Indien, soweit die englischen Meldungen ein Urteil zulassen, wieder „ruhig“ geworden. Aber man darf sicher sein, daß es nur eine Zwangsstube ist, die den Herren des Landes nichts weniger als Freunde bereiten kann. Denn was in Indien unruhig geworden ist, das ist der Geist des in schmächtlicher Unterdrückung gehaltenen Volkes, der Geist seiner führenden Schichten, die gerade aus dem sogenannten „Freiheitskampf“, den England im Weltkrieg gegen Deutschland geführt haben will, sehr lehrreiche Anwendungen für ihre eigene Sache gezogen haben. Mit diesen geistigen Schichten der indischen Nation verbinden sich mehr und mehr die einflussreichsten Kaufleute des Landes, die einen regelrechten Boykott englischer Waren und Rohstoffe in die Wege zu leiten suchen. Auf diesem Gebiete sollen schon recht empfindliche Wirkungen erzielt worden sein, und die gebildeten Frauen Indiens werden hier zu tatkraftiger Mitwirkung gewonnen. Natürlich suchen auch Einflüsse von russisch-bolschewistischer Seite her diese Freiheitsbewegung dauernd wachzuhalten, was die Londoner Regierung trotz aller Abmachungen mit den Moskauer Gewaltgebern nicht zu hindern vermochte.

Noch größeren Kummer müssen den Engländern die augenblicklichen Vorgänge in Ägypten bereiten. Es ist noch gar nicht lange her, daß sie mit führenden Männern der Eingeborenen einen Staatsvertrag abgeschlossen haben, der auch hier eine gewisse Beteiligung des so lange unterdrückten Volkes an der Verwaltung des Landes gewährleistete. Die Selbstständigkeitsbewegung wuchs aber gerade seit dem Abschluß jener Verhandlungen ein rasches Tempo an. Es kam bald vereinzelt in den großen Städten, aber auch hier und da in den entfernteren Teilen des Landes zu Unruhen, denen zahlreiche Menschenleben

zum Opfer fielen. Auch hier greift eine starke Boykottbewegung um sich, und es scheint, als wenn bereits ein Teil der Arbeiterschaft durch Streik in die Bewegung mit eingreift. Sogar in der deutschen Reichshauptstadt ist es aus diesem Anlaß zu einer Art von Straßenumgehung gekommen, indem die Mitglieder der ägyptischen Kolonie in Berlin in etwa 30 Droschken vor dem Gebäude der englischen Botschaft auf und ab fuhren und in lauten Rufen, mit Halbmondschneen geschmückt, die Befreiung Ägyptens vom englischen Joch forderten. Auf diese Weise soll auch die Aufmerksamkeit der nicht-britischen Welt auf die Kämpfe in Ägypten hingelenkt werden.

Unter den heutigen Verhältnissen kann den Ägyptern von der Außenwelt selbstverständlich nur geringe Unterstützung zuteil werden. Die Türkei hat vergebens danach getrachtet, mit den Mitteln des Krieges den Ägyptern zu Hilfe zu kommen; auch sie werden ihr Ziel erst erreichen können, wenn die englischen Truppen, deren sie sich bedienen, Gemeinut ihres Volkes geworden sind. Erst dann werden die Engländer, die solche Zustände wie die jetzigen aus längerer Erfahrung hinreichend zu behandeln wissen, um ihren Bestand am Roten Meer zu zittern haben.

## Streikgefahr bei der Eisenbahn.

### Ein Ultimatum im Rheinland.

Die Bezirksorganisationen der Eisenbahnerverbände der Direktionen Elberfeld, Essen und Köln haben der Regierung ein Ultimatum gestellt, in dem für jeden Unverheirateten ein Vorschuß von 750 Mark und für jeden Verheirateten ein Vorschuß von 1000 Mark auf die nächsten Lohnrechnungen gefordert wird. In dieser Bewegung sollen sich, wie versichert wird, sämtliche Organisationen der Eisenbahner und -Beamten beteiligen. An verschiedenen Stellen der westdeutschen Direktionsbezirke ist es bereits zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Die Ausständigkeiten haben sich den Vorstellungen ihrer Bezirksleitung gegenüber gewehrt, die Betriebe wieder zu betreten, bevor ihre Vorschufforderungen bewilligt sind.

Der Deutsche Eisenbahnerverband betrachtet die augenblickliche Situation im Westen als äußerst ernst und beabsichtigt, die Leitung der Streikbewegung zu übernehmen, falls der Ausstand im Westen vollzogen wird. Inzwischen haben aber bereits im Reichsverkehrsministerium neue Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahner begonnen. Man hofft, noch in letzter Stunde zu einer Einigung zu kommen. In den Kreisen der Eisenbahnerorganisationen rechnet man jedoch damit, daß sich der Streik auf das ganze Reich ausdehnen wird. Denn in dem Augenblick, wo in einem Bezirk des Rheinlandes gestreikt wird, ist die Kohlenzufuhr nach Mitteldeutschland vollständig gesperrt.

## Die Januarzahlungen.

### Mündliche Verhandlungen in Paris.

Alle Kabinettsberatungen in Berlin haben in der die gesamte politische Lage beherrschenden Frage, wie wir die nächsten Zahlungen an die Entente aufbringen, noch nicht zu einer Klärung geführt. Man befürchtet vor allem immer noch, daß es sich vielleicht nicht vermeiden läßt, den Goldbestand der Reichsbank anzugreifen, ein Schritt, gegen den nicht nur vom Reichsbankpräsidenten Hakenstein, sondern auch von anderen Wirtschaftspolitikern schwere Bedenken geltend gemacht werden. Ein Beschluß über die noch ausstehende Antwort auf die letzten Rückfragen der Reparationskommission konnte noch nicht gefaßt werden, weil wir dazu noch einiger Ausklärungen bedürfen. Dazu sind

mündliche Verhandlungen mit der Reparationskommission unerlässlich, und die Kommission hat auf einen deutschen Antrag hin beschlossen, unsere Vertreter am 29. Dezember in Paris zu empfangen. Man glaubt, daß der nach Paris entsandte deutsche Delegierte, Staatssekretär Fischer, den Verbündeten ein Memorandum überreichen wird, das die von der Wiederherstellungskommission gewünschten Einzelheiten über die neuen Steuerpläne der Regierung und deren voraussichtliches Erträgnis enthält und daß er außerdem Vorschläge über die Art vorlegen wird, wie

Deutschland seine Verpflichtungen am 15. Januar und 15. Februar zu erfüllen gedenke. Ob dann noch eine schriftliche Antwort auf die letzte Pariser Note erforderlich ist, bleibt dahingestellt. Pariser Vermutungen gehen dahin, daß Deutschland die als a conto-Zahlung zuletzt angebotene Summe beträchtlich erhöhen werde.

### Geld- oder Sachleistungen.

Die Absichten der Engländer werden in Berlin dahin beurteilt, daß Lloyd George an Stelle der deutschen Geldleistungen Sachleistungen in gleichem Werte fordern werde. Befürchtungen maßgebender Kreise gehen jedoch in diesem Falle dahin, daß England nicht beabsichtigt, diese deutschen Sachleistungen für seinen Innenbedarf zu verwenden, sondern für seine beabsichtigten neuen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland. Dann würde der englische Exporteur deutsche Waren nach Rußland liefern und der deutsche Exporthandel mit Rußland völlig ausgeschaltet werden. Also hat auch der Kaibenaufschuch Sachleistungsplan in seiner Anwendung auf England schwere Bedenken.

### Wer Deutschland hilft, hilft allen.

Während die Franzosen nach wie vor einer Zahlungs-erleichterung für Deutschland die größten Hindernisse zu bereiten suchen und es für nötig halten, am Vorabend von Cannes aus Anlaß einiger Rückstände der deutschen Kohlelieferungen recht nachdrücklich den angeblichen „bösen Willen“ Deutschlands in die Welt hinauszuschreien, kommen aus Ost und West gerade jetzt wieder mehrere Zeugnisse dafür, daß eine Revision des Zahlungsplanes durchaus im allgemeinen europäischen Interesse gelegen ist. Der schwedische Ministerpräsident Dr. Wennerström schrieb dieser Tage in einem Artikel: Die Verweigerung des Zahlungsausschubs hätte für Deutschland eine schwere wirtschaftliche Katastrophe zur Folge, von der auch

### das Wirtschaftsleben der Nachbarländer

bhart betroffen werden würde. Dieses Wort findet sofort seine Bestätigung in Holland, wo mehrere Fabrikantenverbände den Handelsminister um dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungenügender Balance ersuchen, denn die Lage der holländischen Industrie sei trostlos. Auch in Amerika führt man den Wirtschaftsrückschritt und stellt fest, daß die diesjährigen Geschäfte mit Europa um 50 Prozent hinter denen des Jahres 1920 zurückgeblieben sind.

## Rußland und die Weststaaten.

### Das Problem der internationalen Zusammenarbeit.

Es geht wieder einmal nicht so schnell, wie man Anfangs glaubte. Die aufsehenerregende Nachricht, Tschitscherin und Litwinow seien von Lloyd George und Briand zum 8. Februar zu einer Wirtschaftskonferenz nach London eingeladen worden, wird in Paris für falsch erklärt. Niemals, so betont man mit Nachdruck, sei eine derartige Entscheidung getroffen worden. Auch in England bläst man in dasselbe Dementierhorn, aber die „Times“ bemerkt zu dieser Frage immerhin, die englische Regierung sei doch für die

### Einberufung einer europäischen Konferenz

in den letzten Tagen des Februar, zu der auch die Vertreter Sowjetrußlands, Deutschlands, Amerikas und Japans eingeladen werden könnten. Bis dahin würden Tschitscherin und Litwinow in London gewesen sein. Die „Times“ benützt diese Gelegenheit, um die englischen Bedingungen für die Wiederaufnahme des internationalen Handels zu unterstreichen, und in merkwürdiger Abereinstimmung damit wird aus Washington gemeldet, daß die vor kurzem vorgenommenen bzw. die bevorstehenden

Änderungen in der Politik der Sowjetregierung vielleicht die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten herbeiführen könnten. Die politischen Voraussetzungen sind für London und Washington die gleichen und zugleich im Augenblick der wichtigste Punkt des Problems. Lenin kommt den Weststaaten darin geschickt entgegen. Er hielt bei der Eröffnung des neunten Sowjetkongresses eine von den 2000 Delegierten begeistert ausgenommene Rede, in der er mit bitterem Sarkasmus die Kommunisten wegen ihrer Ansicht angriff, daß es noch möglich sei, das Wirtschaftssystem durch die Methode des Bürgerkrieges und kommunistischer Abgeschlossenheit zu lösen.